

## Niederschrift

---

### **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration**

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 03.02.2021  
**Beginn:** 17:00 Uhr  
**Ende:** 18:15 Uhr  
**Sitzungsort:** Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

---

#### **Anwesend**

##### Vorsitz

Ralf Mucha SPD

##### reguläre Mitglieder

Hannah Schartmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jutta Reinders	DIE LINKE.PARTEI
May-Britt Krüger	CDU/UFR
Nurgül Senli	DIE LINKE.PARTEI
Chris Günther	CDU/UFR
Frank-Egon Naß	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Roger Schmidt	Rostocker Bund
Stefan Treichel	AfD (fraktionslos)

##### Stellvertreter

Uwe Michaelis	SPD
Andreas Szabó	FDP

#### **Abwesend**

##### reguläre Mitglieder

Pauline Redlich	SPD	entschuldigt
Sebastian Bergs	FDP	entschuldigt

#### **Verwaltung:**

Herr Senator Bockhahn – S3  
Herr Pfeiffer – AL50

## **Gäste:**

Frau Zimmer – NNN

Herr Atay-Lichtermann – Migrantenbeirat

Herr Oertel – Seniorenbeirat

Herr Wiedmer – Verkehrsverbund Warnow

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.01.2021
- 4 Anträge
  - 4.1 Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion Teilnahme am Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ **2021/AN/1909**  
ungeändert beschlossen
  - 4.2 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD Aufbau eines überregionalen Angebotes zur Beratung transsexueller Menschen **2021/AN/1911**  
ungeändert beschlossen
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Informationsvorlagen
  - 6.1 Personalbedarf im Amt für Jugend, Soziales und Asyl **2021/IV/1900**  
zur Kenntnis gegeben
- 7 Verschiedenes
  - 7.1 künftige Sitzungsdurchführung (Hybrid oder Videokonferenz)
  - 7.2 Informationen der Verwaltungsvertreter
  - 7.3 Anfragen der Ausschussmitglieder
  - 7.4 Tagesordnung für die Sitzung am 17.03.2021
- 8 Schließen der Sitzung

### **Nichtöffentlicher Teil**

## Protokoll

### Öffentlicher Teil

---

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Mucha eröffnet die Sitzung, die im Zusammenhang mit den Regelungen der Corona-Lockerungs-LVO M-V 2020 im Bürgerschaftssaal stattfindet, und verweist auf die Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen sowie der hygienischen Anforderungen.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind 11 Mitglieder anwesend. Den Ausschussmitgliedern ist die Tagesordnung am 27.01.2021 per Mail zugegangen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte fristgerecht durch Aushang im Rathaus und in den Ortsämtern und im Internet.

Herr Mucha begrüßt die Gäste

---

#### **2 Änderung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird bestätigt.

---

#### **3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.01.2021**

Innerhalb der Frist ist ein Einwand von Herrn Schmidt eingegangen:

„zu Top 1 - Die Sitzung fand im Beratungsraum 1a/b statt

zu Top 7.1 - Absatz 7 Ich bitte darum, dass mein Name aufgeführt wird, wenn ich eine konkrete Nachfrage (Transportmöglichkeiten) habe. So wie es zwei Absätze höher bei Herrn Michaelis geschah.

zu Top 7.1 - Absatz 7 Herr Senator Bockhahn erklärte explizit, dass keine Möglichkeit des Transportes angedacht ist, da der Verwaltungsaufwand zu hoch ist. Ältere Menschen, die nicht zum Impfzentrum fahren können bzw. gefahren werden, müssen warten, bis Impfungen beim Hausarzt zur Verfügung stehen. Dies ist vorgesehen, wenn andere Impfstoffe mit besseren Lagermöglichkeiten auf dem Markt sind.“

Den Einwänden wird einstimmig zugestimmt und im Protokoll vom 13.01.2021 ein entsprechender Hinweis aufgenommen.

Frau Günther betont im Nachgang der letzten Sitzung, dass sie kein Problem mit dem Ehrenamt hat, sondern nur eine Nachfrage zur Beschlussvorlage gestellt hat.

Hinweise und Fragen können jederzeit an den Ausschussvorsitzenden und die Geschäftsführung des Ausschusses gerichtet werden.

---

## 4 Anträge

---

### 4.1 Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion

2021/AN/1909

#### **Teilnahme am Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“**

Es wird auf eine ADAC-Studie zur Zufriedenheit mit dem ÖPNV hingewiesen, die den Ausschussmitgliedern kurzfristig zugesandt wurde.

Es gibt die Anmerkung, ob die Vorlage jetzt in dieser aktuellen Zeit sein muss.

Andere Mitglieder befürworten diesen Antrag, mit dem die Entwicklung des ÖPNV weiter fortgeführt werden soll.

Der Antrag wird noch mal von den Vertretern der CDU-Fraktion erläutert

Herrn Wiedmer vom VVW wird einstimmig Rederecht erteilt.

Herr Wiedmer berichtet über das Ansinnen des Antrages und die Projektgruppe, die die Projektskizze bis 29.03.2021 zur Teilnahme an diesem Bundesprogramm erstellt.

Eine Nachfrage zum Fördermittelgeber – BMVI - wird beantwortet.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft fordert den Oberbürgermeister auf, die Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) zu beauftragen, ein Konzept für das Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) vorzubereiten und einzureichen.

Die Bürgerschaft ist über die Umsetzung der RSAG in ihrer April-Sitzung 2021 zu informieren.

#### **Abstimmung:**

Dafür:	10
Dagegen:	1
Enthaltungen:	0

#### **Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	X
Abgelehnt	

---

### 4.2 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

2021/AN/1911

#### **Aufbau eines überregionalen Angebotes zur Beratung transsexueller Menschen**

Herr Naß erläutert den Antragsinhalt.

2 Selbsthilfegruppen beschäftigen sich derzeit mit der Problematik. Der Antrag ist eine Unterstützung für die Verwaltung, auf Landesebene nochmal auf das Thema aufmerksam zu machen und Mittel für eine Beratungsstelle einzuwerben.

Die Verwaltung bewegt das Thema längere Zeit. Den konkreten Bedarf zu ermittelt, stellt ein größeres Problem dar. Eine Beratungsstelle allein für Rostock wäre nicht ausgelastet. Die zuständigen Stellen in der Landesregierung haben eine Prüfung und ggf. Unterstützung signalisiert. Die Projektanträge von 2 Trägern liegen in der Stadtverwaltung vor und müssen nun geprüft und bewertet werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit der Landesregierung M-V Verhandlungen aufzunehmen, um ein in Rostock angesiedeltes, überregional tätiges und gemeinsam gefördertes Angebot zur Beratung transsexueller Menschen und ihrer Angehörigen aufzubauen. Die Beteiligung anderer Landkreise ist zu prüfen.

Zur Unterstützung der Verhandlungen sollen zuvor Stellungnahmen der in Rostock ansässigen Akteure, die beispielsweise sexualpädagogische Beratungsleistungen oder LSBT-TIQ\*-Projekte umsetzen, eingeholt werden.

### **Abstimmung:**

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	2

### **Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	X
Abgelehnt	

---

## **5 Beschlussvorlagen**

---

## **6 Informationsvorlagen**

---

### **6.1 Personalbedarf im Amt für Jugend, Soziales und Asyl**

2021/IV/1900

Auf Nachfrage, in welchem Stellenplan diese Stellen berücksichtigt sind bzw. werden sollen, antwortet die Verwaltung, dass notwendige Stellenzuführungen (z.B. für die ab 2022 zugewiesenen Aufgaben nach dem WofTG M-V) und nicht besetzte Stellen dargestellt wurden.

Für die nicht besetzten Stellen liegen bei der Verwaltungsspitze die Besetzungsanträge vor, auf die es bisher leider keine Rückmeldung gibt.

Das Thema muss weiter, auch in den Fraktionen, verfolgt werden.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

## **7 Verschiedenes**

---

## 7.1 künftige Sitzungsdurchführung (Hybrid oder Videokonferenz)

Die Sitzungen des Ausschusses können nach Beschluss und Inkrafttreten des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Kommunen während der SARS-VoV-2-Pandemie (LT-Drs. 7/5581) künftig auch als Videokonferenz und Mischung aus Videokonferenz und Präsenzsitzung (Hybridsitzung) durchgeführt werden.

Voraussetzung ist, dass alle Ausschussmitglieder und die Stellvertreter über die notwendigen technischen Voraussetzungen für die Teilnahme verfügen. Dies ist auch erfüllt, wenn die Stadt Räume mit entsprechender Technik bereitstellt.

Eine Zeitschiene lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht definieren, wird aber mit höchster Priorität bearbeitet.

Diskussion zur Präsenz- oder Hybrid- oder Videokonferenzsitzungen.

Der Ausschuss beschließt nach Beschluss und Inkrafttreten des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Kommunen während der SARS-VoV-2-Pandemie (LT-Drs. 7/5581) und der technischen Umsetzung mit Mehrheitsbeschluss für die Folgesitzung:

### **Hybridsitzung (Mischung aus Videokonferenz und Präsenzsitzung)**

dafür 11

Ergeben sich zwischen den Sitzungen signifikante Veränderungen im Pandemiegeschehen, kann eine Entscheidung über die Sitzungsart per E-Mail-Umlaufbeschluss erfolgen.

Die Sitzungen des Ausschusses können nach Beschluss und Inkrafttreten des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Kommunen während der SARS-VoV-2-Pandemie (LT-Drs. 7/5581) künftig auch als Videokonferenz und Mischung aus Videokonferenz und Präsenzsitzung (Hybridsitzung) durchgeführt werden. Voraussetzung ist, dass alle Ausschussmitglieder und die Stellvertreter über die notwendigen technischen Voraussetzungen für die Teilnahme verfügen. Dies ist auch erfüllt, wenn die Stadt Räume mit entsprechender Technik bereitstellt.

Eine Zeitschiene lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht definieren, wird aber mit höchster Priorität bearbeitet.

Diskussion zur Präsenz- oder Hybrid- oder Videokonferenzsitzungen.

Der Ausschuss beschließt nach Beschluss und Inkrafttreten des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Kommunen während der SARS-VoV-2-Pandemie (LT-Drs. 7/5581) und der technischen Umsetzung mit Mehrheitsbeschluss für die Folgesitzung:

### **Hybridsitzung (Mischung aus Videokonferenz und Präsenzsitzung)**

dafür 11

Ergeben sich zwischen den Sitzungen signifikante Veränderungen im Pandemiegeschehen, kann eine Entscheidung über die Sitzungsart per E-Mail-Umlaufbeschluss erfolgen.

---

## 7.2 Informationen der Verwaltungsvertreter

1. Die Verwaltung berichtet zum aktuellen Stand Wohlfahrtsfinanzierungs- und –transparenzgesetz M-V. Der Entwurf der Zuweisungsverträge ist eingegangen. Es besteht Unmut darüber, dass seit 2 Jahren signalisierte Notwendigkeiten zu Standards und Finanzierungen vom Land nicht berücksichtigt wurden. Die Kommunen erarbeiten nun ein Positionspapier.

2. Die Wohnberatung für Pflegebedürftigkeit wird nur von der HRO und keiner anderen Kommune umgesetzt und nun mit dem Land bilateral verhandelt.

3. SGB II-Leitungsempfänger erhalten kostenlos Masken.

Über eine Länderinitiative soll erreicht werden, dass auch Grundsicherungs- und Asylbewerberleistungsempfänger kostenlos Masken zur Verfügung gestellt bekommen.

### **Beschluss:**

#### **Abstimmung:**

Dafür:	
Dagegen:	
Enthaltungen:	

#### **Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	
Abgelehnt	

---

## 7.3 Anfragen der Ausschussmitglieder

1. Auf Nachfrage zum Thema Psychiatrie informiert die Verwaltung, dass in der DB des OB am 25.01.2021 das Anliegen des Ausschussvorsitzenden zur Akteneinsicht „Psychiatrie“ noch mal Thema war. Es ist festgelegt worden, dass umgehend eine einsichtsfähige Akte zu erstellen ist. Die Originalakte wird an S3 übergeben.

2. Nach Presseinformationen soll das Schulessen am Campus Evershagen eingestellt werden. Nachfrage, ob dies so richtig ist.

An kommunal getragenen Schulen ist die Essenversorgung gesichert und das bestellt Essen kann dort abgeholt werden, berichtet die Verwaltung.

3. Anfrage zum Transport für bedürftige Senioren zum Impfzentrum und ob es auch ein Corona-Taxi geben soll.

Erste Gespräche mit der RSAG laufen, berichtet die Verwaltung.

Bei mobilitätseingeschränkten Menschen mit entsprechendem Merkzeichen wird der Transport über die Krankenkassen organisiert und finanziert.

Aufgrund des fehlenden Impfstoffes werden in der 6. KW fast keine Erst-Impfungen stattfinden. Auch hier noch mal der Hinweis, dass die Stadtverwaltung keinen Einfluss hat, wann geimpft wird. Alle Impfberechtigten werden vom Land angeschrieben.

4. Anfrage, ob in der Pandemiezeit beim Gesundheitsamt die Beratungen zu psychischen Auffälligkeiten bei Kindern gestiegen sind.

Die Verwaltung berichtet, dass die Daten nur die Krankenkassen auswerten könnten.

KWG-Meldungen sind gesunken, da die Institutionen (z.B. Kita, Schule) keinen regelmäßigen Kontakt mehr zu den Kindern haben und damit Probleme nicht erkennen und melden können.

5. Nachfrage, ob auch Corona-Schutzimpfung durch Hausärzte – so wie in NWM - in der HRO geplant sind.

Nein, das ist nicht geplant. In NWM gibt es keine Impfzentren, sondern nur gebundene Hausarztpraxen.

6. Auf Nachfrage wird durch ein Ausschussmitglied informiert, dass man auch im Gesundheitsamt – nach vorheriger Anmeldung – die Pneumokokken-Impfung erhalten kann.

**Beschluss:**

---

#### 7.4 Tagesordnung für die Sitzung am 17.03.2021

- Infovorlage zum aktuellen Arbeitsstand im Projekt Bildungskoordination für Neuzugewanderte
- Vorstellung Herr Atay-Lichtermann/Migranterrat (vorbehaltlich CoronaVO)
- Vorstellung Frau Brüdgam/Gleichstellungsbeauftragte (vorbehaltlich CoronaVO)
- Informationen der Verwaltungsvertreter
- Anfragen der Ausschussmitglieder
- Tagesordnung für die Sitzung am 28.04.2021

#### **Abstimmung:**

Dafür:	
Dagegen:	
Enthaltungen:	

#### **Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	
Abgelehnt	

---

#### 8 Schließen der Sitzung

Es liegen keine Angelegenheiten für den nichtöffentlichen Teil vor.  
Damit wird die Sitzung um 18.15 Uhr geschlossen.